



### Presseschau vom 01.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### Abends/nachts:

*Dan-news.info*: „Am Abend haben die ukrainischen Truppen **Sachanka** beschossen. Es wurde ein direkter Treffer auf ein privates Wohnhaus registriert, das Gebäude wurde stark beschädigt“, teilte die Bezirksverwaltung des Nowoasowskij-Bezirks der DVR mit. Verletzt wurde niemand. Die Einzelheiten des Geschehens werden noch ermittelt.

*Dnr-news.com*: Awakow erklärte, dass er sich nicht unter Druck setzen lässt durch die Verhaftung seines Sohnes

Der Innenminister der Ukraine Arsen Awakow erklärte, dass er sich durch die Verhaftung seines Sohnes nicht unter Druck setzen lässt, und äußerte die Hoffnung, dass es zu dieser Sache ein adäquaten Gerichtsprozess geben wird, der „alles an seinen Platz rückt“.

„Der Druck auf mich durch die Organisatoren der heutigen Aktionen gegen meinen Sohn und meine früheren Untergebenen wird nicht bewirken. Ich hoffe, dass ein adäquater Gerichtsprozess, an dem Alexander teilnimmt, alles auf den richtigen Platz rückt“, schrieb Awakow am Dienstag auf Facebook.

Der Minister meint, dass für diejenige, die versuchen, die Situation bezüglich der Verhaftung seines Sohnes zu PR-Zwecken für eigene politische Ambitionen oder zur Lösung eigener prinzipienloser Aufgaben auszunutzen, nichts herauskommen wird.

*de.sputniknews.com*: Sabotageakt vermutet: Gas-Pipelines und Strommast auf der Krim gesprengt?

Auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim sind am Dienstag zwei Gas-Pipelines und eine Hochspannungsleitung beschädigt worden, berichtet das russische Anti-Terror-Komitee.

„Gestern, etwa gegen 20.00 Uhr, ist an einer Gas-Verdichterstation nahe dem Dorf Winogradnij des Stadtbezirks von Aluschtsa, eine Abnahme des Gasdrucks registriert worden. Zur selben Zeit ist auch die Stromversorgung durch den Fall eines Mastes der Hochspannungsleitung unterbrochen worden“, heißt es in einem Bericht der Behörde. Bei einer Besichtigung der Gas-Pipeline sei festgestellt worden, dass der Schaden von außen zugefügt worden sei. Eine weitere Pipeline sei unweit der südlichen Küste beschädigt worden. Es werde ein Sabotageakt vermutet, es sei womöglich Sprengstoff verwendet worden. Im August hatte der russische Inlandsgeheimdienst einen ukrainischen Agenten festgenommen und somit mehrere Sabotageakte vereitelt, welche dieser geplant haben soll.

**Dnr-news.com: Ljaschko sprach über die Absicht Poroschenkos, Awakow zu diskreditieren**  
Der Führer der Radikalen Partei Oleg Ljaschko glaubt, dass die Verhaftung des Sohnes des Innenministers Arsen Awakow verbunden ist mit dem Wunsch des Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko, seinen eigenen Einfluss auf die bewaffneten Strukturen zu monopolisieren und den Minister zu diskreditieren.

„Die Geiselnahme des Sohnes von Arsen Awakow ist nicht ein Kampf gegen Korruption, sondern der Kampf um die Macht. Präsident Poroschenko versucht, seinen Einfluss auf die bewaffneten Strukturen zu monopolisieren, deshalb ist es für ihn wichtig, diesen unabhängigen Minister zu diskreditieren und zu stürzen“, schrieb Ljaschko auf Facebook. „Bei diesem Spiel hilft ihm der durch ihn vollkommen kontrollierte Leiter der Spezialisierten Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft (SAP) Nasar Cholodnizky, der unverdient von Poroschenko die Generalschulterstücke und den Titel Verdienter Jurist bekam und die SAP in eine Waffe im politischen Kampf verwandelte“, meint der ukrainische Politiker.

#### **Vormittags:**

de.sputniknews.com: Kiew bringt neue Krim-Resolution bei der Uno ein.

Die Ukraine hat den neuen Resolutionsentwurf zu Menschenrechten auf der Halbinsel Krim bei der Uno eingebracht. Dies berichtet „Ukrinform“ unter Berufung auf den Sprecher der ständigen Vertretung der Ukraine bei der Uno, Oleg Nikolenko.

„Heute hat die ukrainische Delegation im Sekretariat des Dritten Komitees bei der UN-Generalversammlung in New York den Entwurf der aktualisierten Resolution ‚Situation um die Menschenrechte in der autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol‘ eingebracht“, sagte Nikolenko. Derzeit treten 34 Länder als Co-Autoren des Resolutionsentwurfs auf, so der Sprecher.

Die Abstimmung zur Resolution ist im Dritten Komitee für Mitte November geplant.

Am 30. Oktober hatte der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin die neue „harte“ Krim-Resolution annonciert.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30957/18/309571872.jpg>

Dan-news.info: „Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse betrug in den letzten 24 Stunden 761“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung Ruslan Jakubow mit.

Am intensivsten wurde in **Richtung Donezk und Mariupol** geschossen. Insgesamt wurden in dem genannten Zeitraum 36 Fälle von Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Außerdem teilte die Bezirksverwaltung des Nowoasowskij-Bezirks mit, dass in **Sachanka** während des Beschusses zwei private Häuser beschädigt wurden – in der Gawrilenko-Straße 10 und der Sergejewka-Straße 74/1.

Wir fügen hinzu, dass das Gemeinsame Zentrum und das operative Kommando der DVR verschiedene Methoden zur Zählung der von den ukrainischen Streitkräften verwendeten Geschosse nutzen: Vom Gemeinsamen Zentrum werden alle Arten gezählt, vom Kommando nur die mit schweren Waffen abgefeuerten Geschosse.

de.sputniknews.com: USA wollen Kiews Beteiligung an Lieferung von Raketenteilen an Nordkorea ermitteln.

Der US-Kongress hat vor, eine Ermittlung bezüglich der Verwicklung der Ukraine in die Lieferung von Teilen ballistischer Raketen an Nordkorea einzuleiten. Das berichtet die Föderale Nachrichtenagentur (FAN) am Mittwoch.

Gleich in zwei Komitees des US-Kongresses – für Außenangelegenheiten und Aufklärung – wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der die Ermittlung zu der Beteiligung der Ukraine an den Lieferungen von Raketenteilen an Nordkorea vorsieht.

„Aus Sicht der Experten hat Nordkorea in den vergangenen zwei Jahren im Bereich des Raketenprogrammes erstaunliche Erfolge erzielt“, heißt es im Text des Gesetzentwurfs. Dabei geht es vor allem um die Rakete Hwasong-12 sowie um die ballistische Interkontinentalrakete Hwasong-14.

Dabei behaupten die Kongressabgeordneten unter Berufung auf den Bericht des britischen International Institute for Strategic Studies (IISS), dass Nordkorea einige Ersatzteile durchaus in anderen Staaten hätte kaufen können. „Nordkorea erzielte durch den Kauf eines hoch produktiven Flüssigkeitsraketentriebwerks im Ausland, vielleicht in der Ukraine, diese Fortschritte“. Gemeint sei ein Triebwerk vom Typ RD-250, der in Makarows Maschinenfabrik Süd in der ukrainischen Stadt Dnjepropetrowsk (Dnjepr) hergestellt wird.

Der Autor des Gesetzentwurfs ist der Abgeordnete des Repräsentantenhauses, Josh Gottheimer.

Zuvor hatte die Zeitung „The New York Times“ unter Berufung auf vertrauliche Einschätzungen von Geheimdiensten und eine Analyse vom britischen International Institute for Strategic Studies (IISS) berichtet, dass Nordkorea Triebwerke aus ukrainischer Fertigung auf dem Schwarzmarkt erwerben konnte. Hergestellt wurden die Triebwerke demnach angeblich beim Raketenbauer Yuzhmash. Dieser dementierte bereits die Informationen. Laut dem Chefkonstrukteur des ukrainischen Konstruktionsbüros Juschnoje, Alexander Degtjarjow, ist es nicht auszuschließen, dass irgendjemand die Triebwerke kopiert haben könnte.

Im August hatte die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa erklärt, dass die Frage über ukrainische Technologien in Nordkorea in internationalen Organisationen erörtert werde.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31811/30/318113086.jpg>

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden siebenmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Frunse, Krutaja Gora, Kalinowka und Nowoswanowka**.

Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

armiyadnr.su: Operative Information über die Lage:

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 36-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **zwölf Ortschaften** der Republik mit Artillerie, Mörsern, Panzern, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Ein Haus in **Sachanka** in der Sergejewka-Straße 74/1 wurde beschädigt, verletzte unter der Zivilbevölkerung gibt es keine.

Ukrinform.ua: Hrojsman ruft Kanada auf, der Ukraine Verteidigungswaffen zu liefern. Die diplomatischen Verhandlungen über die Aussetzung der russischen Aggression im Donbass und auf der Krim wären viel effektiver, wenn man die militärische Macht der Ukraine verstärken würde, erklärte während der gemeinsamen Sitzung der Ständigen Ausschüsse des Parlaments von Kanada für den internationalen Handel und die nationale Verteidigung der ukrainische Premierminister Wolodymyr Hrojsman, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

„Wir sind dafür, dass das auf politisch-rechtlichem und diplomatischem Wege geregelt wird, aber wir wissen genau, dass unsere militärische Macht ein sehr starkes Argument für den Abzug der russischen Truppen aus dem Territorium der Ukraine sein wird“, sagte Hrojsman. Angesichts dieser Tatsache hat er Kanada aufgerufen, der Ukraine moderne Verteidigungswaffen zu liefern. „Wir müssen wirklich unsere militärische Macht stärken und es geht hier um Verteidigungswaffen. Je mehr und effizienter wir uns verteidigen können, desto besser wird das jede Aggression seitens der Russischen Föderation abschrecken“, betonte der ukrainische Premierminister.

### **Nachmittags:**

de.sputniknews.com: Stillschweigend verlegen USA Spezialeinheiten an Russlands Grenze. Die USA schicken immer mehr Spezialeinheiten in die Staaten an der westlichen Grenze Russlands. Die Anzahl der US-Elitesoldaten in Europa hat sich im letzten Jahr vervierfacht,

schreibt das Portal Tom Dispatch.

„Außerhalb Russlands und Weißrusslands führen wir mit faktisch allen Staaten Europas gemeinsame Manöver durch“, sagte Major Michael Weisman, ein Sprecher vom US-Kommando für Spezialoperationen in Europa (SOCEUR), dem Portal.

Demnach sind US-Elitekräfte in 21 europäischen Ländern verteilt und führen Übungen mit einer noch höheren Zahl von Nationen durch. Zum Beispiel hatten amerikanische Spezialeinheiten von März bis August 2017 Manöver in Finnland, Litauen, Polen, Estland, Georgien und der Ukraine durchgeführt.

Das Kommando weigerte sich, „unvorangekündigte Militäroperationen“ an Russlands Grenze zu kommentieren. Das Portal weist aber auf einige andere bekannte Handlungen der US-Armee hin: Im Januar seien beispielsweise Panzer, Lastwagen und andere Ausrüstungen nach Deutschland geliefert und anschließend weiter nach Polen transportiert worden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31811/76/318117632.jpg>

de.sputniknews.com: So reagiert Krim auf Kiews neue Resolution:

Der Vizepremier der Krim, Dmitri Polonskij, hat den neuen Resolutionsentwurf der Ukraine bezüglich der Menschenrechte auf der Halbinsel aufs Schärfste kritisiert.

Der Politiker bezog sich in einem Interview mit dem TV-Sender RT vor allem auf die Forderung der Ukraine, das Verbot des als extremistisch eingestuften „Medschlis des Krimtatarischen Volkes“ aufzuheben. Polonskij zufolge könnte sich Kiew nach demselben Prinzip auch um die Anerkennung der Terrormiliz Islamischer Staat (IS, auch Daesh) und anderer Terrorgruppierungen bemühen.

Auch die Beschwerden hinsichtlich des Unterrichts von Kindern und Jugendlichen auf der Krim auf Ukrainisch seien haltlos, so der Politiker. Denn die Eltern der Schüler müssen die Sprache selbst auswählen dürfen, ohne Diskriminierung. Wer etwas anderes behauptete, verfolge eindeutig bekannte politische Ziele.

„Ob die Einwohner der Krim den Wunsch haben, in dieser oder jener Sprache ausgebildet zu werden, ist eine ganz andere Frage“, betonte Polonskij.

Zuvor hatte „Ukrinform“ unter Berufung auf den Sprecher der ständigen Vertretung der Ukraine bei der Uno, Oleg Nikolenko, berichtet, dass die Ukraine den neuen Resolutionsentwurf zu den Menschenrechten auf der Halbinsel Krim bei der Uno eingebracht hatte. Die Abstimmung zur Resolution ist für Mitte November im Dritten Komitee geplant.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In **Richtung Donezk** hat der Gegner Artillerie, Mörser, Panzer, Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt. Auf die Gebiete von

**zehn Ortschaften** wurden vier Artilleriegranaten des Kalibers 122mm, vier Panzergeschosse sowie 273 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** wurden auf die Gebiete von **Sachanka** und **Kominternowo** 66 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm sowie 26 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert.

In Sachanka wurde ein Haus in der Sergejewka-Straße 74/1 stark beschädigt, Verletzte unter der Zivilbevölkerung gibt es nicht.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **36 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus festgestellt.

Gestern befand sich über zwei Stunden hinweg der **Beobachtungspunkt des Gemeinsamen Zentrums** zur Kontrolle und Koordination im Gebiet **von Besymennoje unter Beschuss**. Der Gegner hat auf den Beobachtungspunkt mehr als 60 122mm-Granaten abgeschossen.

Während des gesamten Zeitraums des Beschusses haben die Offiziere der Gruppe aus Russland, der Ukraine und der DVR im Keller des Gebäudes Schutz vor dem Beschuss gesucht.

So tut der Feind alles, um die Möglichkeit einer objektiven Fixierung der größten Verletzungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern. Dabei richtet die ukrainische Seite überhaupt keine Aufmerksamkeit darauf, dass sich in der Gruppe des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination in Besymennoje ihre eigenen Offiziere befinden.

Außerdem hat der Feind versucht, seine Lage im **Gebiet des Flughafens** zu verbessern und dazu einen heftigen Mörser- und Artilleriebeschuss durchgeführt und sich dann darauf vorbereitet, mit zwei Gruppen in Richtung unserer Positionen vorzudringen.

Unsere Verteidiger haben die mögliche Attacke umgedreht und haben dem Gegner mit Schusswaffenfeuer geantwortet. Wie später bekannt wurde, starb im Ergebnis solcher unsinniger Aktivitäten der ukrainischen Seite, die die Minsker Vereinbarungen grob verletzen, der Söldner aus Georgien G. Saralidse. Dabei wissen wir, obwohl die ukrainischen Medien dieses Opfer als heldenhaft ausgaben, dass dieser Kämpfer mehrfach durch besondere Brutalität gegen Zivilisten und die absolute Ablehnung der geschriebenen und ungeschriebenen Regeln der Kriegsführung auffiel.

Faktisch sind für den Tod des georgischen Söldners die ukrainischen Kommandeure verantwortlich, die ihre „Kameraden“ als „Kanonenfutter“ verwenden.

Eine Geschichte, über die wir zuvor gesprochen haben, hat eine Weiterentwicklung erfahren. Heute Morgen ist im Krankenhaus Iwan Alexejewitsch Serdzow, geb. 1968, zu Bewusstsein gekommen, der während eines Raubüberfalls von drei Soldaten der 72. mechanisierten Brigade verletzt wurde. Er hat bereits mit seinen Verwandten gesprochen und hat gegenüber den Ermittlern ausgesagt.

So wurde uns bekannt, dass der Konflikt Iwan Alexejewitschs dadurch verursacht wurde, dass er sich weigerte die Hymne der Ukraine zu singen, Losungen, die die Ukraine rühmen, zu rufen, was er tun sollte, weil seine Nationalität und sein Glauben den Strafsoldaten nicht gefielen.

de.sputniknews.com: Moskau: Dutzende Länder weltweit stehen unter US-Sanktionsdruck. Bürger und Organisationen aus etwa 70 Ländern sind laut dem russischen Vize-Außenminister Sergej Rjabkow von den US-Sanktionen betroffen.

„Die USA verfallen immer stärker in eine Sanktionssucht“, sagte Rjabkow am Mittwoch. „Sie haben keine anderen Mittel der Betreuung von Außenpolitik außer der Verhängung von Sanktionen gegen diejenigen, die aus welchem Grund auch immer Washington nicht passen.“ Moskau habe eine Analyse durchgeführt und herausgefunden, dass es etwa 70 Länder gebe, deren Bürger oder Organisationen von US-Sanktionen betroffen seien. „Das ist bereits ein globales Problem“, so Rjabkow.

de.sputniknews.com: Herbsteinberufung zur ukrainischen Armee endet mit – rette sich, wer kann.

Die herbstliche Einberufung zum Grundwehrdienst in der Ukraine steht am Rande des Scheiterns, berichtet das ukrainische Nachrichtenportal „Vesti“.

Nachdem zwei bis drei Etappen der Verschickung von Aufforderungen zur Musterung erfolgt seien, sind nach Angaben des ukrainischen Militärkommissariats nur 3,95 Prozent der Wehrpflichtigen im Musterungsstützpunkt erschienen.

„Um ein Unterlaufen des Präsidentenerlasses ‚Über die Einberufung zum Grundwehrdienst 2017‘ zu verhindern, wurde unter der Leitung des stellvertretenden Bürgermeisters von Kiew beschlossen, die Militärdienstverweigerer zu suchen, zu verhaften und ins Rekrutierungsbüro zu bringen“, teilte das Militärkommissariat mit.

So habe die für die Vorbereitung der Mobilmachung und die Einberufung zuständige Behörde die Festnahme von 30 jungen Männern am 28. Oktober in einem Kiewer Nachtclub mitgeteilt, die später ins Wehrkommando geschickt worden seien.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30762/67/307626751.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR  
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **siebenmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten im Gebiet von **Kalinowo, Kalinowka, Frunse und Krutaja Gora**. Die ukrainischen Streitkräfte haben dabei 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzer, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 137 Geschosse abgefeuert.

Unsere Aufklärung entdeckt weiter Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind, entlang der Kontaktlinie.

So wurden im Gebiet von Nowotoschkowskoje Feuerstellungen von drei Mörsermannschaften, zwei Schützenpanzer und die Mannschaft eine Abwehrgeschützes 3U-23-2 entdeckt. In Nowoswanowka wurden Feuerstellungen von Mörserbatterien des Kalibers 120mm und 82mm sowie zwei Unterstände mit Schützenpanzern entdeckt; in Krymskoje zwei Schützenpanzer sowie Positionen von Antipanzergrenatwerfern, automatischen Granatwerfern und einer Mörserbatterie.

Im Zusammenhang mit dem katastrophalen Erkrankungsstand unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte an den vorderen Positionen sowie angesichts dessen, dass die nahe liegenden Krankenhäuser überfüllt sind, haben wir festgestellt, dass im Krankenhaus von Nishnjaja Olchowaja zusätzliche Betten eingerichtet wurden.

Wenn man die Lage der letzten drei bis vier Tage analysiert, so kann man den Schluss ziehen, dass an der ganzen Kontaktlinie eine Verschärfung stattfindet.

Praktisch täglich werden Perwomajsk, Kalinowo, Kalinowka, Frunse, Shelobka und andere Ortschaften beschossen.

Am meisten wird in Richtung Popasnaja geschossen. Diese Richtung kann als die brisanteste an der Kontaktlinie bezeichnet werden.

Die angespannte Situation in diesem Bereich verbinden wir mit damit, dass dort die 10. Gebirgsturmbriade steht, deren Kommandeur Subanitsch ist. Er ist ein begeisterter Anhänger Banderas und vertritt eine faschistische Ideologie. Ich erinnere daran, dass er für seine blutigen Übeltaten die Auszeichnung eines Helden der Ukraine erhielt.

de.sputniknews.com: Sabotage auf der Krim - Experte nennt Hintergrund:

Die Beschädigung von zwei Gas-Pipelines und einer Hochspannungsleitung auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim ist anscheinend ein Sabotageakt. Wie es dazu kam, berichtet der Politologe und Vize-Vorsitzende der Gesellschaftskammer der Republik Krim, Alexandr Formantschuk, in einem Interview mit Sputnik.

„Ich teile eher die Meinung, dass dies Terroranschläge waren“, sagte Formantschuk.

„Anschläge, die allerdings zu keinen ernsthaften Zerstörungen der Infrastruktur führten, diese wird schnell wieder aufgebaut.“

Das zeuge allerdings davon, dass heutzutage fast alle Regionen auf unserem Planeten und alle Länder unter Terrorattacken leiden. „Vielleicht ist es gewissermaßen symbolisch, dass es bei uns vor dem Hintergrund dessen, was sich in New York ereignete und ebenfalls als Terroranschlag eingestuft wurde, zu diesem Zwischenfall kam. Der Terror ist also zu einem Zeichen unserer Zeit geworden und kann nur gemeinschaftlich bekämpft werden“, so der Experte.

Formantschuk zufolge entpuppt sich der Unwillen des Westens, eine mit Russland einheitliche Front des Anti-Terror-Kampfes zu bilden, derzeit aber faktisch in einer Nichtverhinderung solcher Straftaten.

„Ich schließe nicht aus, dass eine derartige Situation Feinde der Krim, von denen es in der Ukraine nicht wenig gibt, provoziert. Und somit fanden sich Menschen, die die Ausübung dieses Anschlags wagten“, so der Politologe. Dieser sei aber unprofessionell verübt worden, weswegen russische Geheimdienste nun alle Möglichkeiten haben, die Gründe der Havarie sehr schnell festzustellen.

Formantschuk wandte sich zudem an die Einwohner der Krim und rief sie dazu auf, sich keine Sorgen zu machen, da es auf der Krim immer ruhig gewesen sei und auch so bleiben werde. Zuvor war berichtet worden, dass bei einer Besichtigung der Gas-Pipeline festgestellt worden war, dass der Schaden von außen zugefügt worden war. Somit wird laut dem russischen Anti-Terror-Komitee ein Sabotageakt vermutet - es sei womöglich Sprengstoff verwendet worden. Im August hatte der russische Inlandsgeheimdienst einen ukrainischen Agenten festgenommen und somit mehrere Sabotageakte vereitelt, die dieser geplant haben soll.

Dan-news.info: Die Frau, die von ukrainischen Spezialdiensten in Odessa unter dem Verdacht des Mordes an dem Oberst des Sicherheitsdienstes der Ukraine Alexandr Charaberjusch festgenommen wurde, hat keine Beziehung zum Ministerium für Staatssicherheit der DVR. Dies teilte das MfS der Republik mit.

„Die Beschuldigungen des Leiters des SBU Wassilij Grizak, dass das MfS der DVR an dem Mord am Oberst des SBU Alexandr Charaberjusch beteiligt ist, ist erdacht und entspricht nicht der Wirklichkeit, weil die in dieser Sache festgenommene Julija Wladimirowna Prasolowa keinerlei Beziehung zu Spezialdiensten der DVR hatte, sie tat keinen Dienst im MfS der DVR“, heißt es in der Mitteilung des Ministeriums.

Das MfS unterstrich, dass die ukrainische Seite einfach eine für sie günstige Haltung eingenommen hat.

„Das MfS der DVR erklärt ein weiteres Mal, dass es keine Methoden des Terrors verwendet, schon gar nicht auf eigenem Territorium, im Unterschied zu den ‚Kollegen‘ aus den ukrainischen Spezialdiensten, deren Diversanten-Terroristen vor nicht langem nach einem Anschlag auf einen hohen Beamten der DVR festgenommen wurden“, fasste der Pressedienst zusammen.

Gestern hatte der Leiter des SBU Wassilij Grizak erklärt, dass der SBU in Odessa eine des Mordes an Oberst Alexandr Charaberjusch Verdächtige festgenommen hat, dessen Fahrzeug am 31. März im Zentrum von Mariupol gesprengt worden war. Nach den Worten Grizaks gehörte die Frau zum „Zentrum für Spezialoperationen“, das angeblich unter Leitung des MfS der DVR aktiv ist.

de.sputniknews.com: Kiew: Eigentum der Lugansker und Donezker Republikchefs wird beschlagnahmt.

Das Vermögen der zur Fahndung ausgeschriebenen Chefs der selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk soll beschlagnahmt werden, der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU hat entsprechende Maßnahmen getroffen.

Das berichtet das Portal „112 Ukraina“ am Mittwoch unter Berufung auf den SBU.

Laut dem Portal sollen der Chef der Volksrepublik Lugansk, Igor Plotnizki, und der Chef der Volksrepublik Donezk, Alexander Sachartschenko, in der Ukraine zur Fahndung ausgeschrieben werden. Das Gericht habe die Genehmigung zu ihrer Verhaftung gegeben.

„Es sind Maßnahmen zur Beschlagnahme des Eigentums der Angeklagten getroffen worden“, heißt es in einer entsprechenden Mitteilung des SBU.

Zuvor war berichtet worden, dass Kiew sich im Dezember 2014 mit dem Antrag an Interpol gewandt hatte, Sachartschenko und Plotnizki zur Fahndung auszuschreiben. Die Anfragen von Kiew hatte Interpol damals jedoch abgelehnt.

In der Ukraine war es im Februar 2014 zu einem nationalistisch geprägten Umsturz gekommen. Die neuen Machthaber setzten ein Gesetz außer Kraft, das 13 der 27 ukrainischen Provinzen das Recht auf zwei Amtssprachen einräumte. Dagegen lehnten sich die von Russischstämmigen dominierten Gebiete im Osten und Süden der Ukraine auf. Dort demonstrierten Tausende Menschen für ein Referendum und eine Föderalisierung der Ukraine, also für mehr Selbständigkeit für ihre Regionen.

Weil die Gebiete Donezk und Lugansk den nationalistisch geprägten Machtwechsel nicht anerkannten und unabhängige Volksrepubliken ausgerufen hatten, schickte die neue ukrainische Regierung Truppen in das Donezbecken.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31811/98/318119896.jpg>

Ukrinform.ua: Poroschenko: Ukraine an Investitionen von Saudi Arabien interessiert. Die Ukraine sei interessiert an der Anwerbung von Investitionen von Saudi Arabien und an der Beteiligung der saudischen Unternehmen an Privatisierungsprozessen in unserem Land, erklärte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko im Gespräch mit dem Geschäftsführer des öffentlichen Investitionsfonds des Königreichs Saudi-Arabien, Yasir Othman Al-Rumayyan, berichtet die Pressestelle von Poroschenko.

„Wir begrüßen die Beteiligung des saudi-arabischen Kapitals in öffentlicher und privater Form an der Umsetzung von gewinnträchtigen, gegenseitig vorteilhaften Projekten der Ukraine, insbesondere in den Bereichen wie Landwirtschaft, Flugzeug- und Schiffbau, Verteidigungsindustrie, Energie, Tourist-Freizeitinfrastruktur, sowie an Privatisierungsprozessen in unserem Land“, sagte Poroschenko.

Beim Gespräch haben die Parteien die Möglichkeiten zur weiteren Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Saudi Arabien erörtert.

Der Präsident der Ukraine informierte die saudische Seite über den Fortgang der Reformen in der Ukraine und Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsklimas und Erhöhung der Investitionsattraktivität der Ukraine. Er lud auch saudische Unternehmen zur Teilnahme an der Privatisierung in der Ukraine ein.



[https://static.ukrinform.com/photos/2017\\_11/thumb\\_files/630\\_360\\_1509537770-4200.jpeg](https://static.ukrinform.com/photos/2017_11/thumb_files/630_360_1509537770-4200.jpeg)

de.sputniknews.com: Poroschenko will Saudis ukrainischen Boden verkaufen.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat saudische Geschäftsleute eingeladen, an der Privatisierung in der Ukraine teilzunehmen, berichtete der Pressedienst des Präsidenten am Mittwoch.

Während seines Besuchs in Saudi-Arabien verhandelte Poroschenko mit dem Hauptgeschäftsführer des Öffentlichen Investmentfonds, Yasir bin Othman Al-Rumayyan.

„Der Präsident der Ukraine hat die saudische Seite über den Verlauf der Reformen in der Ukraine informiert, sowie über die Maßnahmen zur Verbesserung des Geschäftsklimas und zur Erhöhung des Investitionsanreizes der Ukraine. Daneben lud er saudische Firmen ein, an der Privatisierung in der Ukraine teilzunehmen“, hieß es.

Poroschenko begrüße die Anlage saudischen Kapitals, sowohl staatlichen als auch privaten, in die Umsetzung von Projekten auf dem Territorium des Landes in Bereichen wie Flugzeugbau, Landwirtschaft, Schiffbau, Verteidigungsindustrie, Energetik, Tourismus sowie in den Prozess der Privatisierung.

In den letzten Jahren hatten ukrainische Behörden von der Notwendigkeit einer umfangreichen Privatisierung gesprochen, die internationale Kreditoren von der Ukraine fordern. Der Prozess wurde aber bisher nicht gestartet, unter anderem weil es keine Käufer für

die angebotenen Objekte gibt.

[ukrinform.ua](#): Ukrinform und saudische Nachrichtenagentur werden Nachrichten austauschen. In Riad hat in Anwesenheit des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, und des Königs von Saudi-Arabien, Salman Bin Abdulaziz Al Saud, die feierliche Unterzeichnung der ukrainisch-saudischen bilateralen Dokumente stattgefunden.

Die Zeremonie der Unterzeichnung ist auf der Facebook-Seite von Petro Poroschenko veröffentlicht.

Der Generaldirektor der ukrainischen Nationalen Nachrichtenagentur „Ukrinform“, Oleksandr Chartschenko, und der Chef der saudischen Nachrichtenagentur „Saudi Press Agency“, Abdullah bin Fahd Al Hussein, haben also die Absichtserklärung hinsichtlich der Zusammenarbeit und des Austauschs von Nachrichten zwischen den beiden Nachrichtenagenturen unterzeichnet.

[de.sputniknews.com](#): Warum ausgerechnet Paul Manafort zur Zielscheibe der FBI-Untersuchung wurde:

Das US-Justizministerium hat erste Anklagen im Rahmen der Untersuchung über die angebliche russische Einmischung in die US-Präsidentschaftswahlen bekannt gegeben, schreibt die Zeitung „Rossijskaja Gaseta“ am Mittwoch.

Die ersten Angeklagten sind Trumps ehemaliger Wahlkampfmanager Paul Manafort und dessen Geschäftspartner Rick Gates. Das Büro des Sonderstaatsanwalts Robert Mueller veröffentlichte ein Dokument mit Anklagen zu zwölf Punkten, darunter Absprache gegen die USA, Absprache zur Geldwäsche, unrichtige Aussagen, Nichtbereitstellung der Angaben über ausländische Aktiva u.a.

Manafort und Gates werden wegen der nicht registrierten Lobbytätigkeit im Interesse der Regierung und des ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, und der Partei der Regionen 2008 bis 2014, verdächtigt. Darüber hinaus wird ihnen Geldwäsche von 75 Millionen Dollar über Offshore-Konten vorgeworfen.

Die Gegner Trumps warteten mit Ungeduld auf erste Anklagen im Rahmen der Untersuchung und rechneten damit, dass neuer Stoff für Angriffe auf Russland auftaucht. Denn Trumps Gegner meinten, Manafort könnte Teilnehmer bzw. Vermittler der angeblichen geheimen Kontakte zwischen den Vertretern Russlands und dem Team Trumps gewesen sein.

Die Geschichte um Manafort ist eher kriminell, es geht nicht um eine politische Verschwörung. Zudem ist es selbst für smarte liberale Beobachter äußerst schwer, die Vorwürfe gegen Manafort mit Russland zu verbinden, denn es geht nur um die Arbeit mit der Ukraine.

Darauf machte auch Trump aufmerksam. Die Vorwürfe gegen Manafort würden sich auf seine Tätigkeit einige Jahre vor der Leitung des Wahlstabs beziehen. Manafort leitete Trumps Wahlstab von April bis August 2016 und wurde entlassen, nachdem in den US-Medien Vermutungen auftauchten, er könnte illegal 12,7 Millionen Dollar von der Regierung der Ukraine erhalten haben.

Im Schlag des FBI gegen Manafort ist auch ein anderes Element des Vorgehens der US-Sicherheitsdienste zu erkennen – sie trennen sich ohne Bedauern von Material, wenn es nicht mehr von Nutzen ist. Die Amerikaner versuchten aktiv, mit Janukowitsch zu arbeiten und auf ihn Einfluss auszuüben, darunter wahrscheinlich über Manafort. Doch als Janukowitsch nicht mehr imstande war, die gewünschten Beschlüsse zu treffen, forcierten die USA den Machtwechsel in der Ukraine.

Nicht zufällig hatte CIA-Chef John Brennan Kiew vor dem Staatsstreich besucht. Darüber hinaus – ein skandalös bekanntes Telefongespräch der stellvertretenden US-Außenministerin Victoria Nuland mit dem US-Botschafter in Kiew, in dem sie den Wunsch äußerte, wer welche Posten in der Ukraine besetzen soll. Nach einigen Wochen wurden ihre Wünsche zu

100 Prozent erfüllt. Die Amerikaner verheimlichten nicht ihre Unterstützung für Poroschenko. Doch jetzt will Washington wohl auch ihn abschreiben, weil er die Unterstützung des Volkes in der Ukraine verlor und nicht imstande ist, grundlegende Reformen durchzuführen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31812/26/318122654.jpg>

Dan-news.info: „Gegen 11:00 Uhr wurde von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus **Trudowskije** im Petrowskij-Bezirk von Donezk beschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Auch die Umgebung von **Jasinowataja, Shabitschewo und Mineralnoje** am Rand von Donezk wurden beschossen. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern und Panzergeschützen.

de.sputniknews.com: Syrien-Kongress in Sotschi: "Wichtiger Schritt zur Krisenlösung" – Kurden-Sprecherin

Der Demokratische Bund Nordsyriens schickt Vertreter zum Syrischen Kongress des Nationalen Dialogs, der am 18. November im russischen Sotschi stattfinden soll.

Der Demokratische Bund Nordsyriens ist ein Quasi-Staat, der im März 2016 von der kurdischen Partei der Demokratischen Union im Alleingang ausgerufen wurde. Die Zentralregierung in Damaskus erkennt diesen selbsternannten Bund nicht an. Dennoch hat Moskau dessen Vertreter zum Syrischen Kongress des Nationalen Dialogs eingeladen, wie eine Sprecherin der Agentur Sputnik sagte.

Der Demokratische Bund werde seine Vertreter zum Kongress entsenden, sagte Foza Yusuf, dessen Co-Vorsitzende. „Ursprünglich war geplant diesen Kongress in Hmeimim abzuhalten, jetzt aber soll er am 18. November in Sotschi stattfinden. Die offizielle Einladung haben wir vor zwei Tagen erhalten. Wir haben vor, am Kongress teilzunehmen – als demokratische Kraft aus dem Norden Syriens. Wir setzen uns für eine politische Lösung ein und befürworten dahingehend Russlands Position“, so die Co-Vorsitzende des Demokratischen Bunds.

„Russland hat von Anfang an gesagt, dass eine politische Regulierung in Syrien ohne den Einbezug der Kurden unmöglich ist. Dies halten wir für eine sehr wichtige Position“, sagte Yusuf.

Der Demokratische Bund sei ein Projekt, an dem alle Völker im Norden Syriens beteiligt seien, um eine gemeinsame Initiative zur Konfliktregulierung zu erarbeiten. Der anstehende Kongress in Sotschi biete auch ihnen ein Forum: „Der Kongress in Russland wird die erste Veranstaltung dieser Art sein. Wir hoffen, dass dies ein positiver Schritt hin zur Lösung der Syrien-Krise sein wird“, so die kurdische Politikerin.

de.sputniknews.com: Rohani versichert Putin: Iran ist Verbündeter Russlands.

Der iranische Präsident Hassan Rohani hat bei einem Treffen mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin in Teheran versichert, dass beide Staaten nach wie vor strategische Partner und Verbündete seien.

Putin ist am Mittwoch zum Dreier-Gipfel Russland-Iran-Aserbaidtschan in Teheran eingetroffen. Vor dem Gipfel wurde er von Gastgeber Rohani empfangen.

Der iranische Staatschef äußerte, dass beide Staaten eine wichtige Rolle bei den internationalen Angelegenheiten spielen würden. Er würdigte Russlands Beitrag zur Verteidigung des internationalen Abkommens zum iranischen Atomprogramm. Der Iran sei nach wie vor ein strategischer Partner und Verbündeter Russlands, sagte der iranische Präsident nach Angaben seines Presseamtes.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31812/51/318125163.jpg>

## **Abends:**

Lug-info.com: Der Leiter der Delegation des IKRK in der Ukraine Allen Ashleyman hat heute während eines Arbeitstreffens in Lugansk mit dem Außenminister der LVR Wladislaw Dejnogo von ukrainischen Medien verbreitete Gerüchte über eine Einstellung der Arbeit des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) in der LVR dementiert.

Zuvor hatten ukrainische Medien verbreitet, dass die Vertretung des IKRK in der Ukraine entscheiden habe, zeitweise die Lieferung von humanitärer Hilfe für die Einwohner der LVR einzustellen, weil sich angeblich „ungesetzliche bewaffnete Formationen“ in seine Arbeit eingemischt hätten.

„Ich bin in Lugansk eingetroffen, um unsere Tätigkeit und die Verstärkung unserer partnerschaftlichen Beziehungen zu erörtern. Wir haben verschiedene Bereiche unserer Aktivität und Programme, die das IKRK ausführt, erörtert. Wir haben über die Lieferung von Lebensmitteln entlang der Kontaktlinie, die Unterstützung der Wasserversorgung gesprochen, wir haben Notwendigkeiten in der medizinischen Versorgung erörtert, verschiedene Dinge im Zusammenhang mit Vermissten und Gefangenen“, sagte Ashleyman.

„Ich will unterstrichen, dass wir keinerlei Unterbrechungen in unserer Tätigkeit hatten, entgegen den Erklärungen einiger Quellen der Massenmedien. Wir waren unsererseits erstaunt dies zu hören und es entspricht nicht der Wirklichkeit. Wir halten uns an unsere Aktivitäten und wir sind einverstanden sie fortzusetzen“, unterstrich er.

„Und als letztes möchte ich erwähnen, dass wir die Bedingungen zum Passieren in Staniza Luganskaja erörtert haben sowie Fragen des Wiederaufbaus der Brücke im Zusammenhang mit dem nahen Winter“, sagte Ashleyman.

de.sputniknews.com: Russischer Sicherheitsexperte verspricht „harte Maßnahmen“ gegen CNN.

Russland wird „adäquate und harte“ Maßnahmen gegen US-amerikanische Medien, allen voran gegen den Sender CNN ergreifen, erklärte der Vizechef des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses des russischen Föderationsrates, Franz Klinzewitsch, am Mittwoch in Moskau. „Die Gegenschritte werden unweigerlich folgen“, warnte er.

Zuvor hatten Fachleute der russischen technischen Aufsichtsbehörde Roskomnadsor mit CNN-Vertretern über eine adäquate Antwort Russlands auf den Druck gesprochen, der in den USA auf den Fernsehsender RT und die Agentur Sputnik ausgeübt wird. Zudem erklärte Russlands Vizejustizminister Oleg Plochoi, dass seine Behörde die Kontrolle über ausländische Nichtregierungsorganisationen (NGO) verstärken könnte.

Klinzewitsch zufolge werden russische Gegenmaßnahmen für CNN und andere in Russland aktive US-Medien sensibel sein. „Sie glauben, dass wir das nicht tun werden. Aber sie irren sich. Sie werden das (Antwort Russlands) zu spüren bekommen“, sagte der Parlamentarier. Am vergangenen Donnerstag hatte der US-Kurznachrichtendienst Twitter seinen Beschluss bekannt gegeben, die Werbung von den Kanälen zu blockieren, die im Besitz von RT und Sputnik sind. Der Beschluss resultiert aus Ermittlungen zum Problem der „russischen Einmischung“ in die US-Präsidentenwahlen vom vergangenen Jahr.

Margarita Simonjan, Chefredakteurin von RT und der Nachrichtenagentur Rossiya Segodnya, zu der die Agentur Sputnik gehört, äußerte Bedauern über die Blockade der Werbung bei Twitter.

Anfang September verpflichtete das US-Justizministerium RT America, sich als ein ausländischer Agent eintragen zu lassen. In einer Stellungnahme zu diesem Beschluss sagte Simonjan, dass die „Pressefreiheit von jenen zugrunde gerichtet wird, die bislang auf sie gepocht haben“.